

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis für den Monat Februar Mark 13.00.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inländischen Verkehr 13.50.— zuzügl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 50 M.; Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtskasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Waldb.
Postfachkonto Enztinger Str. 29/174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Beizeile oder deren
Raum 20 M., auswärts 22 M., 2. Reklam-
zeile 22 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden
jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konturs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Waldbad.

Nummer 49

Februar 1923

Waldbad, Mittwoch, den 28. Februar 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Der Gläubiger im Weissen Hause

Sie haben sich jetzt verständigt, die Engländer und die Amerikaner, in dem neuesten englisch-amerikanischen Abkommen.

Es hat schwer gehalten. Ganz Europa hat bei Amerika für den Krieg und während des Kriegs gepumpt. Deutschland ausgenommen. Und — um das gleich hier abzurufen — daraus hat man von jeher der deutschen Regierung den schwersten Vorwurf gemacht. Hätte Deutschland auch wie die andern, sagt man, bei Amerika Geld gestreut, dann hätte Amerika nicht mit uns Krieg begonnen. Als ob wir das nicht auch versucht hätten? Gleich Anfang 1915 schickten wir den Staatssekretär Dernburg nach Washington, er soll dort Geld holen. Was hat er bekommen? Zehn Millionen Dollar von einer Bank zweiten Rangs. Keinen Dollar mehr. Gleichzeitig aber gaben die Amerikaner den Franzosen und den Engländern nicht weniger als 500 Millionen Dollar auf einen Sitz. Ein Beweis, daß Wilson von Anfang ab sich auf die Seite der Entente gestellt hat.

Also die Amerikaner gaben den Verbündeten in Europa im ganzen 11—12 Milliarden Dollar, darunter allein den Engländern 4,074 Milliarden, die mit den rückständigen Zinsen bis Ende November 1922 auf 4,604 Milliarden angewachsen waren.

Zuerst versuchten die Verbündeten, die ganze Schuld auf einmal los zu werden. Wilson, Briand und zuletzt Clemenceau sind zu diesem Zweck nach Amerika gereist. Auch England machte wiederholt dieselben Versuche und bemerkte, es wolle seinen Mitschuldern in Europa ebenfalls alle Schulden erlassen, wenn Amerika sein Guthaben durchstreiche. Als aber die Amerikaner nichts davon wissen wollten, bot England einen Zinsfuß von 2 Prozent an. Aber auch das war den Amerikanern zu wenig. Sie einigten sich schließlich auf 3 Prozent für die ersten 10 Jahre. Dann aber sollen es 3 1/2 sein. Und die ganze Schuld soll in 62 Jahren getilgt sein, in jährlichen Teilzahlungen von 23 Millionen, die zuletzt bis auf 175 Millionen ansteigen sollen.

Soweit wäre also die Sache in Ordnung. Aber man fragt sich billigerweise, warum hat sich Amerika so hartnäckig geäußert? Wie oft wurde ihm vorgehalten: Alle haben doch gemeinsam für eine und dieselbe Sache gekämpft. Also müssen auch alle nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit ein Opfer bringen. Das reiche Amerika, das ohne in den größten Vorteil aus dem Krieg gezogen, das seine Handelsflotte zur ungeahnten Blüte heraufgebracht, das den Deutschen alle mittel- und südamerikanischen Märkte abgejagt, das ungezählte Summen mit seinen europäischen Kriegserlieferungen verdient, das vom ganzen Goldbestand der Menschheit mehr als die Hälfte (18 Milliarden) sein eigen nenne — dieses Amerika könne doch auf ein Dutzend Milliarden Guthaben in dem verarmten Europa spielend verzichten.

Nein, Amerika hatte keine Lust dazu. Erstens hatte es außer diesen Anleihen sonst noch genug Ausgaben, die der Krieg selbst ihm verursachte. Im ganzen mögen es 5 Milliarden gewesen sein, die es für die „europäische Expedition“ bar auszuliegen hatte. Zweitens hatten sich die Verbündeten ihm gegenüber gar nicht besonders nobel gezeigt. Dies berichtet ein bemerkenswerter Aufsatz, der unlängst in der „Saturday Evening Post“ erschienen war. Franzosen wie Engländer weiteten förmlich miteinander, wie man den „reichen Onkel aus Amerika“, der ihnen so rührend zur Hilfe geeilt war, am besten und gründlichsten ausbeuten könne. So mußten die Amerikaner den Franzosen sogar für den von ihren Kampftruppen benutzten Boden Entschädigung zahlen. Die französischen Einwohner waren so schäbig, daß sie von den amerikanischen Soldaten für jedes Glas Wasser zwei Pence verlangten. Während beim Kriegsbeginn die Schiffe der Verbündeten keine Hafengebühren zu entrichten hatten, wurde das anders, als Amerika in den Krieg eintrat. Jedes amerikanische Schiff mußte sie entrichten. Für die amerikanischen Soldaten, soweit sie auf englischen Schiffen befördert wurden, mußte Amerika den Engländern nicht weniger als 90 Millionen Dollar zahlen. Und die englischen Kolonien, Indien voran, nützte die Gelegenheit aus und verlangte für alles, was Amerika an Kriegs- und andern Rohstoffen und Fertigwaren dorthin bezog, mindestens 10 Prozent mehr, als wenn diese Dinge nach England gingen.

Hier also, meint die genannte amerikanische Zeitung, liegt die tiefere Ursache der Abneigung des amerikanischen Gläubigers gegen die Verbandschuldner. Und darin mag ein Recht haben. Amerika ist den bedrängten Freunden Hilfe gesprungen und hat dabei kein Opfer an Geld und Blut gescheut — und doch suchten die Freunde gleichzeitig die Taschen des Helfers zu leeren. So etwas gibt begrifflicher Weise starke Verstimmung. W. H.

Tagespiegel

Die Reichsregierung hat bei der französischen Regierung durch den Geschäftsträger in Paris unter Beifügung des Materials Widerspruch gegen sich häufende Gewalttätigkeiten der französischen Truppen erhoben.

Nach der Abtretung der „englischen“ Linie Neuch-Düren wird ein unmittelbarer Zugverkehr Düsseldorf-Paris eingerichtet.

Nach amtlicher Mitteilung im Unterhaus schuldet Rußland an England — ohne Privalforderungen — 686 Millionen Pfund Sterling.

Neuseeland wird vom September d. J. an den Handel mit Deutschland wieder gestatten.

Landgraf bleibe hart!

Poincaré hat in der Kammer einen Gekochtwurf angekündigt, durch den die Steuern um 20 v. H. erhöht werden sollen. Nach der französischen Zeitung „L'Humanité“ sind die Franzosen dadurch in ihrem Glauben an das Poincarésche Wort: „Der Boche wird alles zahlen“, stark erschüttert worden.

Nach der Erklärung des französischen Finanzministers beliefen sich für die ersten neun Monate des Jahres 1922 die Besetzungskosten für Frankreich auf mehr als 600 Millionen Franken. Jetzt aber durch die Ausdehnung der Besetzung infolge des Einbruchs ins Ruhrgebiet und in Baden würden der französischen Staatskasse monatlich so hohe Kosten erwachsen, wie 1922 für neun Monate, und während der Finanzminister die Kosten des Ruhrabzugs auf monatlich 40 Millionen Franken berechnet hatte, betragen sie heute schon 115 Millionen für die Monate Januar und Februar.

Inzwischen haben wir erfahren, daß es den Franzosen in Wirklichkeit um mehr als die wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebiets, nämlich um ein politisches Ziel, die Zerstückelung und Vernichtung des Deutschen Reichs zu tun ist.

Gegen dieses Ziel wendet sich der frühere Oberkommandierende der Verbandsgruppen im Orient, der französische General Sarrail, der einem Vertreter der dänischen Zeitung „Politiken“ erklärte: „Ich habe den Eindruck, daß die Politik unserer Regierung im Ruhrgebiet und am Rhein uns für immer des Ruhs des Edelmutts berauben wird. Besser als ich erzähle die Tatsachen, welchen Mißerfolg die Besetzung darstellt, die Poincarés ehrgeiziger Traum war. Höchstwahrscheinlich werden durch das Ruhrunternehmen die Entschädigungen nicht gesichert. Das einzig Sichere, das das Unternehmen uns einbringt, sind Kosten. Wir haben dabei ganz Europa gegen uns. Die Kohlen, die Poincaré verspricht, sind ausgeblieben. Wir begingen den Fehler, in das Ruhrgebiet einzudringen mit der Gefahr, von England verlassen, von ganz Europa gehäht und von Deutschland für immer verabscheut zu werden. Die Gefahr wurde jetzt zur Tatsache, und dann wagt Poincaré noch von Gefahren zu sprechen, wenn es sich um den Völkerverbund handelt? Gegen eine solche Auffassung müssen wir Front machen. Und glücklicherweise gibt es in Frankreich neben Poincaré Bewunderern und Verteidigern auch Männer, die seiner Politik nicht folgen und den Weg der gesunden Vernunft, d. h. den Weg der internationalen Versöhnung, beschreiten wollen.“ — So spricht ein französischer General. R.

Erfreuliches über den Steuerabzug vom Arbeitslohn

Die Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn haben eine außerordentlich wichtige Änderung erfahren. In erster Linie sind die Sätze der Steuerermäßigung mit Wirkung vom 1. März 1923 vervielfacht worden und außerdem ist dafür Sorge getragen worden, daß auf einen Zeitraum von sechs Arbeitstagen überhaupt keine Steuern einbehalten werden sollen.

Die erstgenannte Neuerung, die Verdreifachung der Steuerermäßigungssätze, tritt mit Wirkung vom 1. März 1923 in Kraft, und zwar für alle nach dem 1. März zur Auszahlung kommenden, jedoch erst nach dem 1. März fällig werdenden Löhne oder Gehälter. Für die Lohnempfänger tritt sie allerdings erst dann in Kraft, wenn die Steuerabhaltung auf die sechs Arbeitstage reiflos erfolgt ist. Nach der für die Neuerung geschaffenen Verordnung des Finanzministers vom 15. Februar 1923 sind diese steuerfreien sechs Arbeitstage auf den Schluß des Februar gelegt worden. Weil aber das Lohnverrechnungswesen in den Arbeitgeberbetrieben so taufendfältig gestaltet ist, war es

unmöglich, ohne besondere Richtlinien, die sofort am 16. Februar 1923 gefolgt sind, auf vollkommene Beachtung der Verordnung seitens der Arbeitgeberbetriebe üblichen Lohnverrechnungsperiode, d. i. vom Donnerstag bis Mittwoch. Hier wird der Lohn unversteuert gelassen, der für die am 22., 23., 24., 26., 27. und 28. Februar, geleistete Arbeit am 2. oder 3. März an A gezahlt wird. Falls A innerhalb dieser Lohnwoche am Sonntag, den 25. Februar 1923, arbeiten und dieserhalb an keinem anderen Tage dieser Lohnwoche aussetzen sollte, so scheidet dafür in der Steuerausstellung der 22. Februar aus.

Nach vorstehendem ergibt sich an Hand von Beispielen.

A arbeitet unverkürzt volle sechs Arbeitstage in der für den größten Teil der Arbeitgeberbetriebe üblichen Lohnverrechnungsperiode, d. i. vom Donnerstag bis Mittwoch. Hier wird der Lohn unversteuert gelassen, der für die am 22., 23., 24., 26., 27. und 28. Februar, geleistete Arbeit am 2. oder 3. März an A gezahlt wird. Falls A innerhalb dieser Lohnwoche am Sonntag, den 25. Februar 1923, arbeiten und dieserhalb an keinem anderen Tage dieser Lohnwoche aussetzen sollte, so scheidet dafür in der Steuerausstellung der 22. Februar aus.

B arbeitet in einer von vorstehender Lohnwoche abweichenden Zeit, d. h. auch volle sechs Arbeitstage und zwar von Freitag bis Donnerstag. Hier wird der Lohn unversteuert gelassen, der in der Lohnwoche liegt, die am Schluß des Februar beginnt, nämlich derjenige, welcher für die am 23., 24., 26., 27. und 28. Februar und 1. März geleistete Arbeit am 2. oder 3. März an B gezahlt wird. Auch hier würde im Fall der Sonntagsarbeit bei Nichtauszahlung an einem anderen Wochentag, der erste Tag wegfällt, so daß auch hier nur volle sechs Arbeitstage steuerfrei bleiben.

C arbeitet gleichfalls in einer von abweichenden Zeit, und zwar von Sonnabend bis Freitag. Es verschiebt sich somit die steuerfreie Zeit auf den 24. Februar und endet am 2. März. Für die etwaige Sonntagsarbeit des C gilt dasselbe wie für A und B.

D arbeitet in der vollen Kalenderwoche und bekommt seinen Lohn Freitag oder Sonnabend ausgezahlt. Hier bleibt der am 2. und 3. März für die Kalenderwoche — vom 26. Februar bis mit 3. März — verdiente Lohn steuerfrei. Würde D auch Sonntags arbeiten, und zwar am 25. Februar, so fielen dafür der 3. März weg, arbeitete er dagegen am 4. März, so fielen der 26. Februar weg, vorausgesetzt, daß er der Sonntagsarbeit wegen an einem Wochentag nicht aussetzt.

E ist Kurzarbeiter. Er arbeitet in der Kalenderwoche nur die ersten drei Arbeitstage. Die Steuerausstellung legt hier auch mit dem 22. Februar oder mit dem auf diesem folgenden Arbeitstag ein. Hier würde der Lohn steuerfrei sein, der am 26., 27. und 28. Februar verdient und am 2. oder 3. März ausgezahlt werden würde; ferner derjenige, welcher für die drei ersten Tage der ersten vollen Kalenderwoche des März am 9. oder 10. März zur Auszahlung gelangt.

F arbeitet als Kurzarbeiter nur 6 Arbeitsstunden täglich. Hier bleibt der in den nächsten 48 Arbeitsstunden verdiente Arbeitslohn steuerfrei. Es kommt hier auch der 22. Februar als der erste zu befreiende Arbeitstag in Betracht, d. h. also entweder der 22. selbst als der erste oder wenn dieser oder mehrere der folgenden Arbeitstage sich bereits in einer verrechneten Lohnwoche befindet, der auf den 22. Februar folgende zunächst zu verrechnende Arbeitstag. Dabei spielt es gar keine Rolle, ob die Steuerausstellung bis weit in den März hineinreicht, was schließlich dann leicht vorzukommen könnte, wenn weniger als sechs Arbeitsstunden täglich gearbeitet würde. Fällt die letzte, die 48. Arbeitsstunde auf den Anfang eines Arbeitstags, so muß der ganze letzte Arbeitstag steuerfrei bleiben, wobei nicht beachtet zu werden braucht, daß dann der betreffende Kurzarbeiter mehr als 48 Arbeitsstunden steuerfrei hätte.

G ist Gehaltsempfänger. Er erhält seinen Monatsverdienst nachträglich für Februar ausgezahlt. An Stelle der sechs Arbeitstage bleibt beim Gehaltsempfänger ein Viertel des Monatsgehalts vom Steuerabzug frei. Der Steuerabzug wird dann nur vom Dreiviertel des Monatsgehalts ermittelt. G hat beispielsweise 200 000 M. Gehalt. Von 150 000 M. wird der zehnprozentige Steuerabzug ermittelt, d. i. 15 000 M., wovon die alte Steuerermäßigung abgesetzt wird und der Rest vom Gehalt einbehalten wird.

H bezieht als Gehaltsempfänger seinen Gehalt für März im Voraus. Auch hier wird der Steuerabzug nur vom Dreiviertelbeitrag ermittelt, aber da er seinen Gehalt für die Zeit nach dem 1. März 1923 bezieht, so muß seine bisherige Steuerermäßigung zum vierfachen Betrage absetzen werden.

Für diejenigen Lohnverrechnungsverhältnisse, die für kürzere Arbeitszeit als einen Monat und nicht länger als eine Woche in Betracht kommen, hat der Reichsminister der Finanzen noch bestimmt, daß dann, wenn in diesen Zeitabschnitten Abschlagszahlungen geleistet werden würden, gleichfalls die letzten sechs vollen Arbeitstage des Februar steuerfrei bleiben. Es soll dann der auf diese anteilig entfallende Arbeitslohn vom Steuerabzug befreit bleiben.

Das deutsche Eigentum in Amerika

Washington, 27. Febr. Das Abgeordnetenhaus hat den Antrag Winslow mit 300 gegen 11 Stimmen angenommen, der den Verwalter des beschlagnahmten feindlichen Eigentums beauftragt, das Eigentum bis zum Wert von 10 000 Dollar zurückzugeben. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die meisten Deutschen, die im Krieg durch die Beschlagnahme betroffen wurden, nunmehr in Deutschland leben. Die Rückgabe des Eigentums werde zur Besserung der Finanzlage und der Währung Deutschlands beitragen. — Der zurückzuzahlende Betrag soll sich auf 100 Millionen Dollar (2000 Milliarden Mark) belaufen, wovon allerdings ein Teil auf Oesterreich-Ungarn entfällt.

Ueber den Inhalt des nunmehr verabschiedeten Gesetzes läßt uns der Bund der Auslandsdeutschen die nachfolgenden Ausführungen zukommen:

Das Gesetz weicht in einigen Teilen von der ursprünglichen Vorlage ab; es stellt einen Zusatz des Abschnitts 9 des Trading with the Enemy Act (Gesetz über den Handel mit dem Feind) dar, welcher Abschnitt die Bestimmungen über das deutsche Eigentum enthält.

Abchnitt 9a bestimmt in der jetzigen Fassung, daß alle nichtdeutschen Personen, die Ansprüche auf beschlagnahmtes Eigentum haben oder Gläubiger von Deutschen sind, deren Eigentum beschlagnahmt ist, diese Ansprüche geltend machen können. Von besonderer Bedeutung ist das Verfahren, welches hierfür vorgeschrieben ist, das dieses seinen Grundzügen nach auch für die übrigen Bestimmungen des neuen Gesetzes zur Anwendung gelangt: Der Interessent hat das Recht, bei dem Verwalter fremden Eigentums seine Forderung einzubringen unter Eid in solcher Form und enthaltend solche Einzelheiten, wie dies der Treuhänder vorschreibt, worauf der Präsident ermächtigt ist, die Freigabe des Eigentums zu verfügen oder der Zinsen, soweit er die Berechtigung der Forderung anerkennt. Wenn der Präsident eine derartige Verfügung nicht innerhalb von 60 Tagen nach Einbringung des Anspruches erläßt, so hat der Antragsteller das Recht, ein gerichtliches Verfahren einzuleiten, worauf das Gericht die Aushändigung derjenigen Werte verfügen soll, deren Besitztitel es anerkennt.

Abchnitt 9b zerfällt in elf Unterabschnitte, von denen die ersten acht eine Aufzählung derjenigen Eigentümergruppen enthalten, denen schon seit längerer Zeit das Recht auf bevorzugte Behandlung bzw. die Möglichkeit einer Freigabe des gesamten Eigentums ohne Höchstgrenze zugesprochen ist. Die Unterabschnitte 9 und 10 enthalten die wesentlichsten neuen Bestimmungen und sind daher für die Interessen der deutschen Eigentümer von hauptsächlichster Bedeutung.

Sie sprechen allen deutschen Privatpersonen und Firmen das Recht auf Rückerstattung zu, soweit die in Frage kommenden Werte oder das Einkommen aus diesen den Betrag von 10 000 Dollar nicht übersteigen; auch aus den größeren Vermögen kann jedoch der Betrag von 10 000 Dollar freigegeben werden, sofern die Teilbarkeit der Masse sich ermöglichen läßt. Als einzige Einschränkung ist vorgesehen, daß, sofern es sich um Eigentum einer Gesellschaft handelt, nicht der einzelne Gesellschafter zur Freigabe des genannten Betrags berechtigt ist.

Ueber die sonstigen Bestimmungen des Gesetzes — von dem nur schärflich zu hoffen ist, — es noch vor der am 4. März stattfindenden Vertagung des Senats auch von diesem angenommen wird — erteilt der Bund der Auslandsdeutschen, 151, Amerika, Berlin C. 2, Burgstraße 30, kostenlose Auskunft, wie er sich auch allen Interessenten, soweit sie die erforderlichen Vorkenntnisse nicht schon auf irgend einer Weise getroffen haben, zur sonstigen Beratung über die zu ergreifenden Maßnahmen bereitwilligst zur Verfügung stellt. Eigentümer, die den Bund der Auslandsdeutschen bzw. seine amerikanische Vertretungsstelle, die Concord Finance Corp.

poration, bereits mit der Wahrung ihrer Interessen beauftragt haben, brauchen jedoch vor der Hand nichts zu unternehmen, da alles Erforderliche auf Grund der bisherigen Unterlagen ohne weiteres veranlaßt wird.

Ausdehnung der Besetzung

Pflichtzwang für deutsche Beamte

Essen, 27. Febr. General Degoutte hat befohlen, daß deutschen Beamten die Einreise ins besetzte Gebiet nur mit Erlaubnis der Besatzungsbehörden erlaubt ist; sie haben einen Paß mit entsprechenden französischen Sichtvermerk bei sich zu führen.

In Dortmund ziehen die französischen Soldaten Gräben über die Straßen, um die Fuhrwerke anzuhalten und zu untersuchen.

Essen, 27. Febr. Ein italienischer Arbeiter, der in eine von den Franzosen besetzte Kaserne eindringen wollte, wurde vom Wächter erschossen.

Essen, 27. Febr. Um die evangelischen Gemeinden in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen, weilten die geistlichen Mitglieder des evang. Oberkirchenrats in Berlin vom 23. bis 26. Februar im Ruhrgebiet und sprachen in überfüllten Gottesdiensten und in Versammlungen.

Weitere Besetzungen

Koblenz, 27. Febr. Die Franzosen haben Uckerath und Asbach (rechtes Rheinufer) besetzt.

Der Bahnhof Schöne bei Haltingen ist besetzt worden. Lorch a. Rh. und Caub wurden von den Franzosen besetzt.

Limburg selbst ist bis jetzt nicht besetzt, dagegen ein Ort in der Nähe.

Zugentgleisungen

Koblenz, 27. Febr. In der Nähe des Bahnhofes Königswald entgleiten auf der Franzosenbahn Mainz-Koblenz binnen weniger Stunden zwei von Franzosen geführte Eisenbahnzüge. Der Sachschaden ist beträchtlich. Ob auch Personen verletzt wurden, ist noch nicht bekannt.

In Obersteine a. Rode verübten französische Truppen schwere Ausschreitungen gegen die Bevölkerung. Durch Kolbenschläge und Bajonettschläge wurden viele verletzt. Der Oberbürgermeister und der städt. Rechtsrat wurden ausgewiesen.

Trier, 27. Febr. Ein betrunkenen Marokkaner verlegte einen Postsekretär durch Messerstiche schwer.

Düsseldorf, 27. Febr. Die Franzosen verhafteten die zwei Direktoren einer Zigarettenfabrik, weil sie sich weigerten, eine der Reichsregierung geschuldete Steuersumme von 300 Millionen Mark auszuliefern.

Bochum, 27. Febr. Die Stadt ist von den Franzosen völlig abgesperrt, aller Verkehr ruht, Geschäfte und Wirtschaften sind geschlossen. Welche Zwecke die Franzosen verfolgen, ist noch unbekannt. Verschiedene Stadträte und Stadtverordnete wurden ausgewiesen.

Bochum, 27. Febr. Auf der Strecke Dortmund-Hengsteholen die Franzosen die Postkäse und Pakete aus den Zügen. Reisende werden auf Zigaretten und Zigaretten „unterjuckt“.

Anzuverlässige Regimenter

Paris, 27. Febr. „Humanité“ erzählt aus Hagen in Westfalen, Rückereien der französischen Truppen werden immer häufiger. Mehrere Regimenter seien als unzuverlässig zurückgezogen und ausgewechselt worden. In Duisburg seien 4 Mann wegen Gehorsamsverweigerung erschossen worden.

Die französische Werbearbeit

Paris, 27. Febr. Pariser Blätter nehmen bereits Bezug auf die (als Fälschung nachgewiesene) Behauptung in der Berliner „Roten Fahne“, daß die deutsche Reichsregierung einen Widerstand gegen Frankreich vorbereite, indem sie geheime Aushebungen veranstalte und die Selbstschußvereinigungen bewaffne und in die Reichswehr einreihe. Durch diese Nachrichten, schreibt das „Echo de Paris“, sei die Stellung Poincarés noch mehr besetzt worden, um so mehr, als die Rede des früheren Reichskanzlers Wirth in Ulm gezeigt habe, daß die Regierung Cuno auch in bürgerlichen Kreisen den Widerstand verlorene habe.

Der Londoner „Ball Mail and Globe“ wird über Paris gemeldet, die deutschen Berichte über französische Ausschreitungen in Bochum seien unwahr. (1)

Für die besetzten Gebiete

Berlin, 27. Febr. Ein im Reichstagsaal veranstaltetes Konzert zu Gunsten der Ruhrhilfe hatte ein Ergebnis von 47 Millionen Mark.

Der englische Gewerkschaftskongress hat den deutschen Gewerkschaften „zur Unterstützung des Ruhrgebietes gegen die Versklavung der Arbeiter“ 500 Pfund Sterling (etwa 53 Millionen Mark) zur Verfügung gestellt.

Hochverrat?

Berlin, 27. Febr. In der Wohnung des Herausgebers der sozialistischen Korrespondenz „Deutsche Telegraphen-Agentur“ Walter Deme wurde durch Kriminalbeamte eine Hausdurchsuchung vorgenommen und das schriftliche Material beschlagnahmt. Untersuchung ist eingeleitet. Deme steht im Verdacht, mit den Franzosen in Verbindung zu stehen.

Wie verlautet, hat Deme an die französische Regierung Nachrichten gelangen lassen, im Kabinett Cuno herrschen starke Meinungsverschiedenheiten. Die deutsche Einheitsfront sei erschüttert usw.

Störung der Einheitsfront

Berlin, 27. Febr. Auf dem gestrigen Bezirksrat der Sozialdemokratischen Partei erklärte Abg. Weis, wie der „Vorwärts“ berichtet, nur die Sozialdemokratie trete unentwegt für die Republik ein, während das Bürgertum bis in die Demokratie hinein bereit sei, sich zur Monarchie zu bekennen. Die Sozialdemokratische Partei werde an der Erfüllungspolitik und am Klassenkampf festhalten; sie müsse die sogenannte Einheitsfront zu brechen suchen und das Kabinett Cuno zu Verhandlungen mit Frankreich drängen. Es sei nicht schwer, die Regierung Cuno zu stürzen, aber die „diskontingenten“ Männer in der Regierung sollen die Verantwortung für die Lage weiter tragen. Neuwahlen wären jetzt nicht wünschenswert. Abg. Rosenfeld verlangte schärfste Opposition gegen die Regierung Cuno.

Die französischen Kohlenlieferungen

Berlin, 27. Febr. In den Jahren 1921 und 1922 sind von Frankreich und Belgien nach amtlicher Feststellung nicht weniger als 32 Angebote an neutrale und deutsche Firmen auf Lieferung von deutschen Entschädigungskohlen, in einem Fall sogar durch Zeitungsanzeigen im neutralen Ausland gemacht worden. Der Reichsregierung kamen solche unerlaubten Schieberungen in 59 Fällen mit 1 587 026 Tonnen Kohlen sicher zur Kenntnis. Da aber nur ein kleiner Teil dieser vertragswidrigen Geschäfte in Berlin bekannt geworden sein dürfte, so muß dieses Ausfuhrgeschäft einen bedeutenden Umfang angenommen haben, was um so eigenartiger ist, als die maßlosen Kohlenforderungen Frankreichs und Belgiens immer mit der „dringenden Notwendigkeit“ für den Bedarf der beiden Staaten begründet waren. Nach dem Wortlaut des Friedensvertrags sollen die von Deutschland gelieferten Entschädigungskohlen ausschließlich zur Deckung ihres eigenen Bedarfs dienen.

Die Entfremdung eines Verräters

Saarbrücken, 27. Febr. Im Juli 1919 hatte die Stadt Saarlouis gegen die von dem damaligen Ministerpräsidenten Clemenceau und vom Völkerverbund beschlossene Besetzung des Saargebietes Widerpruch erhoben und den Bürgermeister Dr. Hector beauftragt, die französische Regierung davon in Kenntnis zu setzen. Hector säßte aber diese Tatsache in ihr Gegenteil um und versicherte in zwei Schreiben nach Paris, wie dankbar die Bevölkerung von Saarlouis sein würde, wenn sie wieder, wie unter Ludwig XIV., unter französischer Herrschaft käme. Zur Anerkennung für diese „Treu“ wurde nach der Besetzung Hector zum „deutschen“ Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes, also zum Minister vom Verband ernannt. Die „Saarbrücker Zeitung“ hat aber die Wadenschosten Hectors schon „ausgeliefert“ an den Pranger gestellt, worauf Hector gegen den ersten Schriftleiter Frank Strafantrag wegen Beleidigung stellte. In einer ersten Vernehmung hatte er diese Briefe unter Eid abgeleugnet. In der gestrigen Verhandlung vor der Strafkammer war Hector nicht erschienen: er

Berechtigkeit.

Roman von Eduard Appel.

21. (Nachdruck verboten.)

Als er Borr über sich gebeugt sah, lächelte er milde und suchte nach dessen Hand. Er drückte sie fest in der seinen und bat um Verzeihung. „Gottseidank!“ stammelte er, „daß Sie stärker waren als ich. O! — beinahe hätte ich Sie getötet. Können Sie mir verzeihen?“

Borr beruhigte ihn und erklärte, daß er seine Erregung vollkommen begrifflich finde. Er sagte ihm auch, daß er derjenige sei, der um Verzeihung bitten müsse für das, was er unbewußt an ihm und seiner Familie verschuldet habe.

Dann half er Deder auf die Füße und führte ihn zu einem Sessel.

Draußen wehte die Nacht ihr dunkles Gewand und besetzte es mit silbernem Glitter. Auf ihrem Kopfe schimmerte mattsilbern ein großes Diadem, das seine fahlen Strahlen auf die Erde hinabwarf. Aus brennenden Augen stierten die Häuser die finstere Göttin an und die brennenden Laternen machten kläglich Versuche, sie aus den Straßen zu verschrecken. Langsam allmählich verfiel auch die Brandung des Tages in die nächtliche Stille.

Drin in der Stube, in der sich Deder mit Borr befand, war es ganz still. Keiner sprach etwas, jeder war ganz mit seinen Gedanken beschäftigt. Endlich erhob sich Deder, schritt auf Borr zu, umarmte ihn und sagte: „Und — ich habe Sie doch — sehr — sehr lieb —“.

IX.

Regina hatte von einer New-Yorker Bühne ein glänzendes Anerbieten bekommen und angenommen. Heute gab sie deshalb eine kleine Abschiedsfeier — ganz in der Familie. Es war niemand da, als die Deder,

Borr und einige Berufsgenossinnen Reginas, sowie der Ballettmelster.

Das Essen und das Getränk hatte sie vom nahen Gasthofe kommen lassen und sie selbst mit ihrer Aufwärterin besorgten die Bedienung der wenigen Gäste.

Es war im ganzen äußerst behaglich, wozu die frühliche Stimmung des Theaterbüchchens, die guten Speisen und Weine und nicht zuletzt die gemüthliche Umgebung zusammen beitrugen.

Regina hatte sich aus dem alten Gartenhäuschen wirklich ein reizendes Nest gestaltet. Die ganze Wohnung bestand aus zwei Räumen, dem Salon und dem Schlafzimmer.

Dieses bot nichts Bemerkenswertes, aber der Salon war ein kleines Prunkstückchen.

Regina sprudelte von Uebermut und ihre Berufsgenossinnen unterstützten sie nach Möglichkeit.

Klara war bereits von Italien zurückgekehrt und hatte sich sichtlich erholt. Sie saß mit Borr in einem Winkel und sprach mit ihm über die Erlebnisse und Eindrücke im Süden. Sie erzählte fesselnd und mit großem Verständnis, aber sie bemerkte, daß Borr nur zerstreut zuhörte und seine Gedanken wo anders waren. Oft erfaßte sie ihn auch dabei, wie seine Blicke zum Tische hinüber irrten und an Regina haften blieben.

Diese Entdeckung schmerzte sie, obwohl sie wußte, daß sie sich auf Borr doch keine Hoffnungen machen konnte. Aber sie hatte sich in dem Bewußtsein allein, sich von ihm geliebt zu wissen, glücklich gefühlt.

Borr hatte sich erhoben und unter die übrige Gesellschaft gemengt und Weier setzte sich nun zu Klara. Mit aufrichtiger Teilnahme erkundigte er sich nach ihrem Befinden und seine Augen hingen mit solcher Aufmerksamkeit und Wärme an ihr, als sie auch ihm auf sein Bitten von ihrem Aufenthalte im Süden erzählte, daß sie unwillkürlich zum Vergleich gezwungen war.

Das wußte sie, der Mann würde sie immer auf Händen tragen. Freilich, er war so viel älter als sie und sie empfand nicht das für ihn, was sie für Borr fühlte, aber — ein ehrenwerter guter Mensch war er, ein Mensch, treu wie Gold.

Und wie er ihrer Familie zugetan war, wie er — sie liebte.

Wenn sie seine Frau wurde, dann war sie selbst und ihre Familie geborgen und der einzige Wunsch ihrer Mutter erfüllt.

Da dachte sie aber wieder an Borr. Ihn liebte sie und auch er war ein Ehrenmann. Aber ihn konnte sie nicht heiraten, denn die Ehre des Vaters mußte gerettet, und der Geliebte geopfert werden. War erst einmal der letzte Beweis erbracht, war erst einmal die Quittung gefunden und der Diebstahl aufgeklärt, dann mußte sofort dem Gericht der wahre Sachverhalt eröffnet werden. Und dann fing sie auch an, allmählich an der Liebe Borr's zu zweifeln. Sie hatte keine Beweise dafür, aber dennoch wollte es ihr nicht aus dem Sinn, daß er sich langsam für Regina erwärmte.

Blötzlich kam eine auffallende Bewegung unter der Gesellschaft, ein Schuß war gefallen und alles drängte hinaus — in den Garten.

Dort war es rabenschwarze Nacht.

Stachlig hoben sich die Schattenrisse der Fichten von dem etwas helleren Himmel ab, das Laub der Obstbäume und der Sträucher bildete runde schwarze Flecken, die Stämme standen wie eiserne Säulen und die Aeste zuckten in das matte Dunkel des Firmaments wie erstarrte, verholzte Blitze.

(Fortsetzung folgt.)

nante nach auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses „wegen Krankheit“ entschuldigt. Der Vorkommende teilte mit, daß die beiden Brüder tatsächlich in Abschrift im Archiv der Stadt Saarbrücken gefunden worden seien. Der Rechtsbeistand Hectors legte darauf sein Amt nieder. Der Verteidiger Franke stellte darauf den Antrag, Hector wegen Meineids und Fälschungsbetrugs sofort zu verhaften. Die Strafkammer verlagte die Sitzung auf Mittwoch. Hector soll durch einen beauftragten Arzt in seiner Wohnung auf seinen Gesundheitszustand untersucht werden.

Ein Vermittlungsantrag der englischen Arbeiterpartei

London, 27. Febr. Die Abgeordneten der Arbeiterpartei, Henderson, Macdonald und Clynes brachten im Unterhaus einen Antrag ein, die Kammern in Frankreich und Belgien aufzufordern, gemischte Ausschüsse aus allen Parteien zu bilden, um mit einem ähnlichen Ausschuß des Unterhauses die Ruhrfrage und die Entschädigungen zu besprechen. Die sozialistischen Parteien in Frankreich und Belgien werden gleichlautende Entschuldigungen einbringen.

Minister Mac Neill erklärte auf eine Anfrage, die Beschlüsse der Rheinlandkommission erstrecken sich nicht auf das Ruhrgebiet.

„Hoffentlich haltet Ihr aus!“ Ein Heidelberger, der vor einigen Tagen in der Pfalz zu tun hatte, erzählt, daß er plötzlich in einem französischen Posten einen ehemaligen Regimentskameraden wiedererkannte. Der Mann hatte als Escadron in einem deutschen Regiment gegen Frankreich gekämpft und ist nun in französischem Heeresdienst gegen Deutschland ausgeschieden worden. „Hoffentlich haltet Ihr durch!“ sagte der französische Soldat. „Wir haben die Nase bald voll und sind den Stram fass!“ Er erzählte dann weiter, daß unter den französischen Truppen Erbitterung darüber herrsche, daß schon zweimal die Eshnung ausgebüchsen sei, und daß die Stimmung der meisten Soldaten durchaus nicht so sei, wie sie von den Pariser Blättern dargestellt wird.

Neue Nachrichten

Reichsaftengesellschaft für die Goldanleihe

Berlin, 27. Febr. Wie verlautet, sollen die Banken, die sich zur Uebernahme der Hälfte der Goldanleihe verpflichtet haben, zu einer Aktiengesellschaft zusammenströmen. Die Unterbringung eines Teils der auf Dollar lautenden Anleihe auf dem Schweizerischen und holländischen Geldmarkt soll gesichert sein. Die Schahinweisungen laufen von 1923 bis 1926 und werden zum jeweiligen Dollarkurs eingezogen und zwar 1926 einschließlich der Zinsen zu etwa 118 oder 12 Prozent. Die Hauptzahlung dürfte Anfang oder Mitte April erfolgen. Es ist Aussicht, daß das Privatkapital, der Handel und die Industrie die zweite Hälfte der Anleihe mit 25 Millionen Dollar voll aufnehmen werden.

Der Gesuchentwurf ist bereits dem Reichsrat zugegangen und er soll am Donnerstag dem Reichstag vorgelegt und noch in dieser Woche verabschiedet werden.

Dr. Seipel in Belgrad

Wien, 27. Febr. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel ist in Belgrad eingetroffen, um mit der serbischen Regierung über wirtschaftliche Fragen zu verhandeln. Es handelt sich um ein Abkommen über die von Serbien eingezogenen österreichischen Vermögen und Industrievernehmungen in Bosnien und in der Herzegowina. Es soll ferner ein Abkommen über die wechselseitigen Forderungen und Schulden, sowie ein Vertrag über die Verlegung von Industriewerken nach Serbien abgeschlossen werden. Dann ist ein Handelsvertrag und ein Vertrag über ein Schiedsgericht geplant. Die Verhandlungen verliefen günstig. (Während Deutschland, das einst für Österreichs Serbenkrieg, lediglich aus Vertragsreue, die schwersten Gefahren auf sich nahm, noch heute an Jugoslawien Tribute zahlt, vertritt sich das neue Österreich immer besser mit seinem einstigen Todfeind!)

England und die Türkei — Frankreich und Rußland

London, 27. Febr. Während Frankreich bemüht ist, mit Sowjetrußland sich auseinanderzusetzen und ein Freundschäftsverhältnis herzustellen, hat sich England in bemerkswerter Weise der Türkei genähert. Nach einer Meldung aus Konstantinopel teilt der englische Oberkommissar der Regierung in Angora mit, die britische Regierung sei bereit, alle Kriegeschiffe bis auf eines von Smyrna zurückzuziehen, wodurch ein Haupthindernis für den Abschluß eines englisch-türkischen Sonderfriedens, zu dem England bereit ist, aus dem Weg geräumt würde. — In London ist die Nachricht eingetroffen, daß Rußland unter gewissen Bedingungen bereit sei, seine Vorkriegsschulden an Frankreich anzuerkennen.

Neuer Völkербund?

Washington, 27. Febr. Die „United Press“ will erfahren haben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, sich an der Gründung eines neuen Völkербunds zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu beteiligen.

Württemberg

Stuttgart, 27. Febr. Der Besuch des Reichskanzlers in Stuttgart wird erst am 6. März (statt 5.) stattfinden.

Stuttgart, 27. Febr. Straßenbahnunfall. Heute früh nach 7 Uhr ging vom Westbahnhof ein Motorwagen mit zwei mit Sand beladenen Materialwagen durch die Rotenwald- und Kotebühlstraße zu Tal. Auf der Strede sprang die Stromstange vom Stromleitungsdrat ab. Der Wagenführer konnte bei dem starken Gefälle den schweren Zug nicht mehr zum Halten bringen und die Bremse des letzten Wagens reichte nicht mehr aus, zumal die Schienen sehr glitschig waren. So kam der Zug ins Gleiten und saufte wie ein Schlitten die Kotebühlstraße hinunter. Unterwegs stieß er auf einen besetzten Motorwagen auf, der beschädigt wurde, und dann wurde auf dem gleichen Gleis ein weiterer Motorwagen mit Anhängewagen, gleichfalls mit Fahrgästen besetzt, eingeholt. Zum Glück oder Unglück standen bei der Kollision ein Motorwagen mit drei Anhängern auf dem Gleis, die in die Wagenhalle einrücken sollten. Auf diese Wagen stieß der Zug mit voller Wucht auf. Unter furchtbarem Krachen wurden die Wagen ineinandergeschoben. Die starken eisernen Gefelle von drei Motorwagen wurden wie Draht abgebogen, die Führerstände ganz eingedrückt, die Schienen zertrümmert. Vier Motorwagen, zwei Anhängewagen und ein Materialwagen wurden schwer beschädigt. Von den Mitfahrern scheint eine Frau, die aus dem Wagen

sprang, ernstlich verletzt; sie würde blutüberströmt und bewußlos vom Unfallwagen der Feuerwehr, die alsbald am Platz erschien, abgeführt. Mehrere andere Fahrgäste trugen leichtere Verwundungen durch Glassplitter davon. Wenn der Zug durch die verkehrsreiche Straße weiter gefahren wäre, so hätte noch unberechenbares Unheil angerichtet werden können.

Stuttgart, 27. Febr. Die Reichsmiete. Zu Monatsende gab es in Stuttgart laute Gesichter. Die Mietzeitel, die jetzt allmonatlich ausgegeben werden, brachten eine Ueberraschung, von der man sich nichts hätte träumen lassen. Im Januar hatte die neue Reichsmiete mehr als das Vierfache der ganzen Jahresmiete vor dem Krieg betragen, die Februar miete übersteigt nun aber den Januar noch um ein Mehrfaches. So werden z. B. in einer Dreizimmerwohnung, in der seit mehr als einem Jahrzehnt nicht das Geringste ausgebessert wurde, für Februar rund 11 500 Mark angefordert „unter Vorbehalt von Nachzahlungen“, während die Friedensmiete im ganzen Jahr 620 Mark betragen hatte. So wird eine kleine Wohnung im Jahr auf 140 bis 150 000 Mark kommen, vorausgesetzt, daß — nicht weiter gesteigert wird.

Der Milchpreis für Stuttgart stürzte sich, nach der Festsetzung des Erzeugerpreises auf 400 Mark, im Kleinverkauf auf 680 bis 700 Mark stellen, da seit der letzten Preis-erhöhung der Fuhrlähne, die Eisenbahnfrachten und die Milchbehandlungskosten um durchschnittlich 100 Prozent sich gesteigert haben.

Ausführung des Reichsmietengesetzes. Vom 1. März 1923 ab berechnet sich die gesetzliche Miete in folgender Weise: Die Grundmiete beträgt wie bisher regelmäßig: in großen Städten 85 v. H., in mittleren Städten 88 v. H., in anderen Gemeinden 92 v. H. der Friedensmiete. Der Zuschlag für Hypothekenzinssteigerungen betrügt, wenn das Mieteinigungsamt ihn nicht im Einzelfall höher festsetzt, 40 v. H. der Grundmiete. Der Hundertsatz für Verwaltungskosten beträgt bei monatlicher Zahlung in großen Städten 600 v. H., in mittleren Städten 560 v. H., in anderen Gemeinden 500 v. H. der Grundmiete. Für alle übrigen Betriebskosten legt die Gemeindebehörde die Hundertsätze fest, sofern sie nicht das Umlageverfahren anordnet. Die Hundertsätze für laufende und große Instandhaltungsarbeiten betragen, sofern sie nicht von der Gemeindebehörde höher festgesetzt werden, bei monatlicher Zahlung je 3000 v. H. der Grundmiete. Hundertsatz für Untermiete wie bisher 50 v. H. der Grundmiete. Die Zuschläge für gewerbliche Betriebe sind durch die Gemeindebehörden festzusetzen.

Heidelberg, 27. Febr. Untreue. Ein Angestellter einer hiesigen Fabrik veruntreute im Geschäft mehrere Millionen Mark. Als man seinen Untaten auf die Spur kam, flüchtete er, er konnte aber in Ulm verhaftet werden. Er besaß noch 76 000 Mark, das übrige Geld hat er zumeist in lieberlicher Gesellschaft verthan.

Waldbach, 27. Febr. Spende. Fürst Maximilian von Waldburg-Waldbach hat der katholischen Stadtpfarr-gemeinde 2 Millionen Mark zur Anschaffung neuer Blasen gespendet.

Ehlingen, 27. Febr. Die Stadtanleihe. Die Ehlinger Anleihe von 20 Millionen Mark bei 10proz. Verzinsung ist nach vorläufiger Feststellung mehr als dreifach überzeichnet worden.

Hochingen, 27. Febr. Ueberfahren. Der verheiratete Schmied Christian Vogelmann in Ehlingen, Vater von 3 Kindern, wollte an der Neckarbrücke noch vor einem Kraftwagen über die Straße gehen, wurde aber von dem Wagen erfasst und sofort getödtet.

Hohenberg, Olt. Ellwangen, 27. Febr. Schöder und ankl. Kürzlich weilt ein 18 Jahre altes Mädchen aus Stuttgart, das während des Kriegs als sog. Stadtkind in der Bierbrauerei seit gute Aufnahme und Verpflegung gefunden hatte, wieder bei seinen ehemaligen Quartierleuten auf Besuch. Das feste und frische Wesen des unbefleckten Gastes erregte allgemeines Aufsehen. Kaum war jedoch der Besuch wieder abgereift, so vernichtete man ein goldenes Damenhaarschmück mit Anhänger. Der Verdacht lenkte sich sofort auf das Mädchen, in dessen Wohnung eine unvermutete Hausdurchsuchung vorgenommen wurde. In einem Strampfe verborgen fand man ein goldenes Armband und schließlich auch noch den goldenen Anhänger nebst Halskette.

An die württembergischen Zeitungsleser.

Während durch eine gewisse Befestigung des Marktwertes eine verlässliche, wenigstens aber sich gleichbleibende Preisbildung der vom Kalufastande abhängigen Erzeugnisse zu gelingen scheint, muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die Vermehrung aller Unkosten, die mit der Herstellung einer Zeitung zusammenhängen, in einem Maße fortschreitet, daß weitere Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise nicht vermieden werden können. Das Druckpapier, das im Januar 560 M. kostete, stieg am 1. Februar auf 1170 M. für jedes Kilo. Auf diesen Satz waren die Februarpreise bei den Zeitungen eingestellt. Aber schon am 15. Februar erfolgte beim Papier eine weitere Preissteigerung um 270, also auf 1440 M., und ab 1. März stehen wiederum erhebliche höhere Papierpreise bevor. Auch die Öhne und Gehälter erfuhr bereits in der zweiten Februarhälfte Aufschläge, wie sie in gleichen Zahlen noch nie wirksam wurden. Andere Verteuerungsberechnungen, z. B. bei Kraft- und Lichtverbrauch, Fernsprechnge' ihren und Portofähnen, Frachten und Versandunkosten, insbesondere bei den Kohlen, kamen keineswegs zum Stillstand. Die Zeitungsverlage sind in der unglücklichen Lage, in bevorzugtem Maße geradezu auf alles angewiesen zu sein, was am teuersten geworden ist, wozu an erster Stelle auch das Holz zu zählen ist.

Angeichts dieses verzweiflungsvollen Zustandes werden die Zeitungsleser Württembergs es verstehen und würdigen, wenn den Zeitungsverlegern keine andere Wahl bleibt, als durch neue Preisfestsetzungen Dedung für die bereits entstandenen und hinzukommenden großen Neuulasten zu suchen. Die veränderten Bezugs- und Anzeigenpreise wurden unter Anwendung weitgehendster Mäßigung aufgestellt; es sind die geringsten Sätze, die zur Erhaltung der Lebensmöglichkeit unserer heimatischen Presse als notwendig erkannt werden mußten.

Stuttgart, 27. Februar 1923.

Berein Württembergischer Zeitungsverleger.

Wie wird das Wetter im März?

Der Vorstand der Wetter- und Sonnenwarte St. Blasien-Höhenschwand, Dr. Franz Bauer, schreibt: Die Witterung des Monats März ist in Mitteleuropa von großer Bedeutung für das Gedeihen der meisten Kulturpflanzen. Der deutsche Landwirt wünscht sich einen trockenen März. In Deutschland besteht eine gewisse „Erhaltungseignung“ der Temperatur von einem Monat zum nächsten, d. h. auf einen warmen Monat folgt in der Mehrzahl der Fälle wieder ein warmer und auf einen kalten wieder ein kalter Monat. Diese Erhaltungseignung ist aber nicht sehr stark ausgeprägt, so daß sie sich im allgemeinen nicht zu einer Vorherjage der Temperatur verwenden läßt. Einen praktisch bedeutungsvollen Beitrag weist sie nur vom Februar zum März auf und zwar besonders dann, wenn der Februar warm war. Noch deutlicher ist die Beziehung zwischen der Temperaturabweichung des Winters und der des darauffolgenden März. In den letzten 52 Jahren folgte auf einen zu warmen Februar in 75 Prozent der Fälle ein zu warmer März und auf einen milden Winter in 79 Prozent ein warmer März. Es läßt sich ferner nachweisen, daß auch ein Zusammenhang der Spätherbsttemperaturen mit dem Wärmegrad des ersten Frühlingsmonats, des März, besteht. In den letzten 52 Jahren war in 86 Prozent der Fälle der März wärmer als normal, wenn Oktober und November des vorausgegangenen Jahres kalt waren. Mit anderen Worten: wenn der Winter schon sehr frühzeitig beginnt, hört er in der Regel auch bald auf. Auch zur Niederschlagsmenge des März besteht eine Beziehung der Temperaturabweichungen des Spätherbtes und Winters. Von allen Fällen, in denen auf einen kalten Spätherbst ein milder Winter folgte, war in 72 Prozent im darauffolgenden März die Niederschlagsmenge kleiner als normal.

Der jetzige Winter war in Deutschland wärmer als im Durchschnitt vieler Jahre, während Oktober und November zu kalt waren. Daher kann man mit einer Wahrscheinlichkeit von vier Fünfteln einen warmen März voraussetzen. Eine Wahrscheinlichkeit von vier Fünfteln bedeutet, daß von fünf Vorherlagen vier eintreffen, wenn man derartige Vorherlagen mehrere Jahre lang fortsetzt. Bezüglich der Niederschlagsverhältnisse läßt sich sagen, daß der kommende März voraussichtlich eher trocken als nass sein wird, doch ist die Eintreffwahrscheinlichkeit dieser Vorherlage etwas geringer als die der Temperaturvorherlage.

Wir dürfen also mit großer Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß die Witterung im März 1923 für die Landwirtschaft und damit für die Ernährungslage Deutschlands günstig sein wird.

Widerlei

Zum Deutschen Turnfest in München, das im kommenden Sommer abgehalten werden soll, sind schon 35 000 Turner angemeldet.

Eine große Flugzeugstation soll auf dem Tempelhofer Feld bei Berlin errichtet werden, in der alle Fluglinien, die von Berlin ausgehen, vereinigt werden.

Die Grimmischen Märchen sind auf Veranlassung vieler gebildeten Mexikaner ins Spanische überetzt worden und werden nun in Mexiko von Alt und Jung geradezu verschlungen. In wenigen Tagen wurde die erste Auflage von 10 000 Stück der „Cuentos de Grimm“ aufgefoukt. Die Unterrichtsstunde in der deutschen Sprache an der Universität in Mexiko sind ständig überfüllt. Die Studenten gründeten einen Verein zur Erlernung und Verbreitung der deutschen Wissenschaft.

Hundebraten. Aus Straubing wird berichtet: Gegenwärtig werden hier zahlreiche Hunde erschlächtet, die Fettschmelzungen zufolge alle noch Fachsen ausgeführt und dort zu 550 M. das Pfund verkauft werden.

Millionendieb. Bei dem wegen Verabreichung von Auslandsbriefen verhafteten Oberpostinspektor Pöfingger in München fand man ausländische Banknoten im Wert von 200 Millionen Mark. Außerdem besaß er Grundstücke im Wert von etwa 50 Millionen Mark, auch hatte er an Bekannte Darlehen in Höhe von 21 Millionen gegeben. Lange sahnnete man schon nach dem Urheber der Diebereien, Pöfingger hatte aber den Verdacht immer auf Untergebene abgelenkt.

Brand. Bei dem Brand eines Mietshauses in Coimbra (Portugal) verloren 10 Menschen das Leben, 60 wurden schwer verletzt.

Explosion. In der Gasfabrik in Düren (Schweiz) sind 12 Gasometer explodiert.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 27. Februar 22 756,70 (22 806,50) Mark. Wertbessende Kohleanleihe. Der Bezirksverband Oberschwäbischer Geotrigittärwerke in Waberach a. N. N. hat eine Anleihe im Geldwert von 15 000 Tonnen Steinkohlen (155 900 Mk. für 1000 kg. Kohle) aus.

Weizenmehlpfeis der Südd. Mühlenvereinigung am 27. Febr.: 195 000 (200 000) Mark die 100 Kilo.

Der Zuckerpreis wird wegen der Fracht- und Lohnverteuerung eine neue bedeutende Erhöhung erfahren.

Erhöhung des Spirituspreises. Wegen der weiteren Steigerung der Frachten und Löhne hat der Beirat für das Reichsalkoholmonopol eine Preisverhöhung beschlossen. Vom 1. März an soll der Preis für das Liter auf 15 000 K. (bisher 12 000 K.) festgelegt werden. Die Aufhebung der bisherigen Sperre mit einer beschränkten Frei-gabe ist unter besonderen Kontingenzmahnahmen ins Auge gefaßt.

Wärkte

Stuttgart, 27. Febr. Schlachthofmarkt. Dem Fleischmarkt am Südt. Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 18 Ochsen, 4 Büsen, 33 Jungbullen, 30 Junginder, 76 Käbe, 261 Kälber, 105 Schweine, 89 Schafe. Verkauft wurde alles. Erlöste wurde aus je 1 St. Lebendgewicht in 1000 Mark für Ochsen 1. Sorte 190—215 (am letzten Markt 190—200), 2. Sorte 140—175 (130—170), Bullen 1. Sorte 170—190 (160—180), 2. Sorte 135—165 (130—170), Junginder 1. Sorte 195—215 (190—180), 2. Sorte 155—180 (150—170), 3. Sorte 130—145 (120—140), Käbe 1. Sorte 145—165 (140—155), 2. Sorte 115—135 (110—130), 3. Sorte 80—110 (75—95), Kälber 1. Sorte 235—250 (230—240), 2. Sorte 210—225 (200—225), 3. Sorte 185—190 (155—185), Schweine 1. Sorte 260—270 (240—255), 2. Sorte 230—245 (215—230), 3. Sorte 200—220 (180—200) Mark. Verkauf des Marktes: ruhig bei schwacher Zufuhr.

Manntheimer Viehmarkt, 26. Febr. Für die 50 Kilo Lebendgewicht wurden in 1600 Mark bezahlt: 80 Ochsen 115—240, 120 Bullen 135—200, 341 Käbe und Kinder 95—240, 150 Kälber 200 bis 250, 41 Schafe 80—110, 444 Schweine 200—320. Haltung: Großvieh ruhig, Ueberstand, Kälber lebhaft geräumt, Schweine ruhig, langsam geräumt.

Viehmarkt Karlsruhe, 26. Febr. Zufuhr: 108 Stück: 11 Ochsen, 15 Fohlen, 74 Käbe, 44 Fohlen, 2 Kälber, 22 Schweine. Preis für den Fentner Lebendgewicht in 1000 Mark: Ochsen: 180—200, 160 bis 180, 140—160, 130—140. Fohlen: 160—180, 140—150, 130 bis



140, Kinde: 180-200, 155-170, 140-155, 125-140, Kälber: 170 bis 180, 160-170, 140-160, Schweine von 240-300 Pfd. 200-280, von 200-240 Pfd. 240-260, von 160-200 Pfd. 230-240, unter 160 Pfd. 210-220, Säuen 200-210 M. Tendenz des Marktes: Inakt. Der Markt wurde nicht geräumt.

Heilbronn, 27. Febr. Dem Pferdemarkt waren ca. 310 Pferde zugeführt, meist solche schweren Schlags. Man hörte Preise bis zu 20 Millionen Mark für ein Pferd, 10 bis 33 1/2 Mill. Mark für ein Paar, 2-4 Millionen für Ponys.

Ravensburg, 27. Febr. Auf der Schranne notierten je der Doppelzentner Weizen durchschnittlich 134,300 M, Dinkel 103,700 Mark, Roggen 80,500 M, Gerste 96,500 M, alter Hafer 85,000 M.

Schnurterat für Topfgewächse.

Wie das Gefäßel, so leiden unsere Topfgewächse auch häufig durch Sonnenhitze mancherlei Art, die nur im Finstern ihr Wesen treiben, am Tage sich aber an sicheren Orten versteckt halten. Andere scheuen auch das Tageslicht nicht, um sich an den frischen Trieben,



Knospen, Blüten und Blättern gültig zu tun. Um dieses Geschmeiß, wie Kletterpflanzen, Schnecken, Ameisen usw., fernzuhalten, stellt man in eine flache Schale oder größeren Blumentopfunterfäß einen Blumenlopf oder ähnliches umgekehrt, und darauf den Topf mit der zu schützenden Pflanze. Den Unterfäß hält man stets voll Wasser, wodurch es dem kriechenden Getier unmöglich gemacht wird, die Pflanze zu erreichen, also eine ähnliche Vorrichtung, wie sie die Milbenfänger im Gefäßelhof darstellen.

Kokales.

Wildbad, 28. Februar 1923

Lichtbildervortrag über Oberammergau und sein Passionspiel. Die Einladung des Rath. Volksbundes zu einem Lichtbildervortrag über Oberammergau und sein Passionspiel war ein entschieden glücklicher Gedanke. Der Stoff des Vortragsabends passte so recht in eine Fastenzeit, die durch die drückenden Zeitverhältnisse ein umso ernstes Gepräge trägt. An der Hand einer Lichtbildreihe machte uns der Redner des Abends Hw. Herr Stadtpfarrer Fischer zuerst mit der näheren und weiteren Umgebung von Oberammergau bekannt. Die Bilder zeigten uns die herrliche oberbayerische Boralpenlandschaft mit den idyllischgelegenen Dörfern und Städten, in deren Hintergrund die mächtigen deutschen Bergriesen zum Himmel ragen. In klarer, ausführlicher Weise bot uns der Vortragende Bilder der prächtigen Natur- und Kunstdenkmäler, die auf einer Reise nach Oberammergau von uns

gesehen werden können. Nachdem wir mit dem Ode, dem Schauspiel und der Geschichte der Passionspiele bekannt gemacht waren, konnten wir einige der markigsten Darsteller aus dem Passionspiel als Einzelbilder auf uns wirken lassen. Die überaus farbenprächtigen Aufnahmen von der Handlung und von den lebenden Bildern des Spieles geben ein klares Bild über die Darstellung der Leidensgeschichte und die erklärenden Worte beleuchteten manches Vorurteil und Mißverständnis. Mit schillernder Freude, die sich oft im Ausrufe des Erstaunens bei jung und alt äußerte, wurden die Vorführungen aufgenommen. Daß die Aufnahmen der Bilder aus dem Jahre 1910 also aus der Darstellung des vorletzten Passionspieljahres stammten, tat der Wirkung des Gebotenen nicht im mindesten einen Eintrag, zumal Herr Stadtpfarrer Fischer als Bester Besucher der Spiele auf etwa eingetretenen Veränderungen in der Darstellung und in den Darstellern jeweils aufmerksam machte. Dem Vortragenden des Abends für seine nach allen Seiten durchdachten, interessanten und zu Herzen gehenden Ausführungen an dieser Stelle herzlichsten Dank.

Eisenbahnverkehr. Ueber die Dauer der Verkehrsunterbrechung in Offenbach werden ab Mittwoch, 28. Februar zur Herstellung einer unmittelbaren Verbindung zwischen Freiburg und Karlsruhe folgende Eilzüge mit Wagen 2. und 3. Klasse gefahren: Eilzug 386: Freiburg ab 11.55, Donaueschingen 2.27, Bilingen 2.53, Schweningen 3.10, Rottweil 3.50, Oberndorf 4.10, Horb 4.35, Eutingen 4.58, Nagold 5.16, Calw 5.39, Pforzheim 6.22, Durlach 6.51, Karlsruhe an 6.59. — Eilzug 387: Karlsruhe ab 8.15, Pforzheim 9.26, Calw 9.53, Nagold 10.21, Eutingen 10.49, Horb 11.11, Oberndorf 11.40, Rottweil 12.18, Schweningen 12.46, Bilingen 1.02, Donaueschingen 1.25, Freiburg an 3.39.

Von Mittwoch, 28. Februar 1923 an fällt Personenzug 262 zwischen Eutingen und Horb (Eutingen ab 4.38 nachm., Horb an 4.48 nachm.) b. a. w. aus.

Die teuerste Stadt Württembergs ist nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamts im Januar Rottweil mit einer Feuerungsanzahl von 115 110, dann kommt Stuttgart mit 113 174. An dritter Stelle steht Göppingen mit 111 572, an vierter Feuerbach mit 111 566, dann folgen Reutlingen mit 109 948, Schramberg mit 109 364, Ebingen mit 107 758. Die billigste Stadt mit mehr als 10 000 Einwohnern ist diesmal Friedrichshafen, dessen Feuerungsanzahl nur 92 231 beträgt. Auch unter den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern hat sich die Rangstufe verschoben. An erster Stelle steht Troßingen mit 115 033, dann folgen Ellwangen mit 111 903, Calw mit 110 155, Schorndorf mit 108 210, Urach mit 106 401 und Rottenburg mit 105 818. Die billigste Stadt ist Baiersbrunn mit einer Feuerungsanzahl von 83 838, die zweitbilligste Freudenstadt mit 84 480.

Erhöhte Verbrauchspreise. Die am 16. ds. veröffentlichten Höchstpreise werden mit Rücksicht auf die am 23. ds. Mts. in Kraft getretene Erhöhung der Frucht- und Sortenzuschläge erhöht: für je 1 Pfund Kristallzucker von 870 M auf 700 M, Sandzucker von 690 auf 730 M, Würfelzucker von 710 auf 760 M, Brotzucker (Zuckerhüte) ohne Verpackung, gewogen, von 695 auf 730 M. Für diejenigen Mengen, die den Händlern vor dem 23. ds. Mts. geliefert wurden, kommt eine Erhöhung der Zuschläge nicht in Frage; für sie dürfen daher die erhöhten Preise nicht berechnet werden.

Ein offenes Wort zur Bürgerversammlung am Sonntag, den 25. Februar.

Daß die vom Gemeinderat einberufene Bürgerversammlung einen solch häßlichen Verlauf nehmen könnte,

war nicht vorauszu sehen. Wenn auch unter der Bürgerschaft über verschiedene Vorgänge der letzten Zeit eine Mißstimmung Platz griff, hätte diese sich keinesfalls auf diese Weise entladen dürfen, zumal Herr Stadtschultheiß Baehner durch Aufklärung über die Bürgerernugung sein Teil zur friedlichen Lösung dieser Frage beitragen wollte. Schon seit einiger Zeit bildet das „Holzgeld“ den Zankapfel, was bei der letzten Gemeinderatswahl von einzelnen Kandidaten zum Zweck einer Wahlpropaganda benutzt wurde, wodurch der Stein ins Rollen kam. Es kann als sicher angenommen werden, daß wenn sich für 1921/22 eine höhere Bürgerernugung ergeben hätte, es niemand eingefallen wäre, daran zu rütteln. Wenn nun die für diese Periode errechneten M. 1235. — von der Geldentwertung eben auch nicht verschont geblieben sind, allerdings noch etwas vermehrt durch ihre verspätete Auszahlung, so sollte ein durch die Ereignisse der Zeit hervorgerufener Verlust von den Nutzungsbürgern m. E. mit mehr Ruhe ertragen werden können. Wenn nun augenblicklich der Sachwert des Holzes dem Geldwert des Bürgerernugens vorgezogen wird, ist dies begreiflich. Wie lange dies jedoch so bleiben wird, ist aber ebenförmig vorauszu sehen, wie sich der nunmehr gezeitigte Nachteil voraussehen ließ. Wohl jedermann von uns hofft, daß das mutige Aushalten unserer Volksgenossen an Rhein und Ruhr von Erfolg sein wird. Wie nun aber, wenn wegen diesem einen erlittenen Fehljahr die Bürgerernugung wieder in Naturalbezug umgewandelt würde und dann wieder infolge einer geregelter Kohlenzufuhr die Geldauszahlung der Holzabgabe wieder vorgezogen haben möchte? Es dürfte sich also lediglich nur darum handeln, einen Weg zu finden, daß bei einem Fortschreiten der Geldentwertung die Bürgerernugung nicht wieder ähnlich in Mitleidenschaft gezogen würde. Und diese Lösung über die gegenwärtige Uebergangszeit wurde von Hrn. Stadtschultheiß in der Bürgerversammlung richtig dahin gegeben, daß der Antrag eingebracht werden soll, es möge mit der Auszahlung eines großen Teilbetrags der Bürgerernugung für 1922/23 unmittelbar nach Ablauf des Rechnungsjahres, also gleich nach dem 1. April begonnen werden. Somit könnte man doch die seit 1882 eingeführte Art der Bürgerernugungs-Abgabe auch weiterhin ruhig beibehalten. Ueber die noch vorhandenen Unklarheiten in der Berechnung der Bürgerernugung ließe sich wohl auch Aufklärung schaffen. Da die Holzgeldfrage für die Wildbader eben das „Schöffkind“ ist, wurde diese von der Gegenströmung herausgegriffen um über andere Vorkommnisse wie: Löwenanlauf, Dieselmotor, Elekt. Werk, Wintersportgelände, Waldhütte, An- und Verkauf unrentabler Häuser, was alles Millionen-Unternehmungen sind, zu wettern. Wenngleich nicht bestritten werden kann, daß einerseits bei derartigen Projekten zu hastig, andererseits zu schleppend vorgegangen wurde, so brauchen dieserhalb die Gegenätze nicht so scharf aufeinander zu prallen, wie dies in der Bürgerversammlung geschah.

Um nun künftig derartig unliebsame Vorkommnisse, die das Ansehen von Männern, die sich um das Gemeinwesen unserer Stadt verdient gemacht haben, zu vermeiden, wäre etwas mehr Fühlung seitens der Gemeinderäte mit ihren Wählern d. h. eine Aussprache in großen Fragen geboten. Hier heißt es: „Das Wohl der Stadt in dem Vordergrund gestellt, gleich wie in politischer Hinsicht erst das Vaterland, dann das eigene Ich“, dann wird auch der Burgfriede in unserer Stadt wieder Einkehr halten.

Sigung des Gemeinderats am Donnerstag, den 1. März 1923 nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Bürgerrechtsaufnahmen.
2. Erhöhung der Wartgelder für die Farrenhalter.
3. Elektr. Lichtversorgung für die Parzellen Spollenhaus und Nonnenmisch.
4. Sonstiges.

Wildbad, 28. Februar 1922.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Gattin und Schwester

Marie Waidelich
geb. Schrafft,

sagen herzlichsten Dank. Insb. sonders sei dem Herrn Stadtvicar für seine trostreichen Worte, Schwester Marie für ihre aufopfernde Pflege, Hauptlehrer Monn und den Kindern für den erhebenden Gesang, sowie den Trägern und den zahlreichen Begleitern zur letzten Ruhestätte und den Kranzspendern herzlich Dank gesagt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Stockholz

kauft zu Tagespreisen jedes Quantum gegen Barzahlung
Ludwig Knaupp.

Rirn & Hanselmann Landmaschinenhaus „Schwarzwald“

Freudenstadt, Büro Rappentstraße 21 v, Fernsprecher 166
Filiale Nagold, Marktstraße 227, Fernsprecher 119

Filiale Simmersfeld
mit besteingerichteter mechanischer Werkstätte bei Friedr. Hanselmann

Wir empfehlen unsere reichhaltigen Lager in

Grasmäher, Getreideablagen, Getreidemäher,

Seuender und Heurechen, sowie Schwadenwender,

Fabrikat Epple Bugbaum u. Fahr Krupp, Düngerstreuer,

Landsberger und Eberhardt-Wendepflüge, Saat-, Ucker-

/// und Wiesen-Eggen, Kultivatoren, Sämaschinen. ///

Dreschmaschinen, Strohpressen, Schrot- und Mahlmühlen,

Futterschneider, Puzmühlen, Sauchepumpen, Futter-

dämpfer, Kartoffelwäscher, Butterfässer, Zentri-

fugen, Wasch-Maschinen, Näh-Maschinen,

Fahrräder, Vorgelege, Transmissionen.

Geflügel- und Kaninchen-

Züchter-Verein Wildbad e. V.

Freitag, den 2. März, abends punkt 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in der neuen Wilhelmshule.

Zahlreiches Erscheinen im Interesse der wichtigen Tagesordnung (die im Lokal bekannt gegeben wird) mit dringendem notwendig.
Der Vorstand.

Futtermittel eingetroffen:

Gerstenmehl,

Weizenfuttermehl,

Weizenkleie.

Abgabe von morgen

Donnerstag ab.

Consumverein.



Heute abend
Singsstunde im Lokal.
Der Vorstand.

Seifenpulver,
Wachseife,
Putzpulver.

A. u. W. Schmit, Med.-Drogerie.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Meere. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Raucher-Erstklassige Saloon-Kajüten

Etwa wöchentlich Abfahrten von
HAMBURG nach NEWYORK

Auskünfte u. Drucknachrichten durch
**HAMBURG-AMERIKA
LINIE HAMBURG**

und deren Vertreter in

Stuttgart: Reisegesellschaft der Hamburg-Amerika-Linie, Hans Barnbrook, Schloßstr. 6.

Wildbad: Chr. Schmid & Sohn
Kg.-Karlst. 65 Fernruf 85
Cigarrengroß- u. Kleinverk. - Exp.
Reisegepäckversicherung - A.-G.

